

AKTUELL KOMMENTIERT

Thema: Kommunalwahl-Termin rechtens
Weise Entscheidung

Von Christoph Pepper

Das Landesverfassungsgericht hat einen weisen Entschluss gefällt, als es die Trennung der Wahltermine zu Bundestag und Kommunalparlamenten für rechtens erklärte. Denn selbstverständlich hätten bei einem gemeinsamen Termin die „großen“ Bundesthemen bis hin zur Kanzlerfrage die „kleinen“ lokalen Streitpunkte überlagert. Der Demokratie bekommt ein weiterer Wahlgang eigens für die in den Rathäusern zu treffenden Sach- und Personalfragen allemal, da sollten die überschaubaren - Kosten wie die organisatorischen Kalamitäten nicht zum Drama hochstilisiert werden. Auch überfordert es die staatsbürgerliche Belastbarkeit wohl kaum, innerhalb von vier Wochen zweimal die Möglichkeit zur Stimmabgabe nutzen zu können.

Dass sämtliche Landesparteien in der Terminfrage der Kommunalwahlen taktische Vorteile, echte oder vielleicht auch nur eingebildete, für sich zu erreichen suchen, liegt auf der Hand. Deswegen kann man die gro-

ßen Grundsatz-Erklärungen, die jetzt wieder auf Siegerwie Besiegenseite abgegeben werden, getrost schon unter Wahlwerbung buchen - natürlich denken die Parteien erst an sich beziehungsweise ihr Ergebnis und dann an ihre Wähler. Dass SPD und Grüne die Zusammenlegung mit der Europawahl erfolgreich torpedierten, um schließlich eine Zusammenlegung mit der Bundestagswahl zu wollen, war und ist genauso wenig logisch wie die Argumente von FDP und CDU, die zunächst eine Zusammenlegung mit der Europawahl für sinnvoll hielten, um anschließend eine Kombination mit der Bundestagswahl abzulehnen.

Spekulationen hin, Kalkulationen her: Am Ende sind doch ohne Wähler alle Parteien nichts. Letztlich haben es die Bürger in der Hand, sämtliche Spielchen dadurch zunichte zu machen, dass sie einfach massenhaft von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen - bei der Kommunalwahl wie bei der Bundestagswahl. Und vorher natürlich bei der Europawahl. Das bekäme allen gut. Vor allem der Demokratie.

Thema: Kritik an Stasi-Aufarbeitung

Wenig Interesse

Von Georg Spranger

Marianne Birthler kann natürlich die Kritik nicht akzeptieren, bei der Stasi-Aufarbeitung vernachlässige ihre Behörde den Bereich Westdeutschland. Aber auffällig ist doch, wie wenige Fälle bisher einen westdeutschen Bezug hatten.

Die DDR hatte zur Hochzeit des Kalten Krieges einige Zehntausend aktive Mitarbeiter und Perspektivagenten in der Bundesrepublik platziert. Haben die sich alle in Luft aufgelöst? Dann wären sie aber allesamt auch durch den Rost der Sicherheitsorgane gefallen, was zumindest genauso erstaunlich wäre und erneut die Frage aufwerfen würde, wie groß das Interesse an Aufklärung in der Politik wirklich ist.

Auch jetzt gibt es wieder

Stimmen, die mit den unterschiedlichsten Begründungen für ein „Schwamm drüber“ plädieren. Die Forderung aus der FDP nach einer Durchleuchtung des Bundestages hat da schon gar keine Chance. So wird die Debatte im Sande verlaufen, wenn sich die Aufregung erst einmal wieder gelegt hat.

Ob die Stasi auch in das Dutschke-Attentat und womöglich die RAF-Morde verwickelt war, bleibt damit wohl ein Feld für Spekulationen - es sei denn, weitere Zufallsfunde tauchten auf. Die diffuse Interessenlage kommt jedenfalls denen entgegen, die sich darum bemühen, die DDR vom Geruch des Unrechtsstaates zu befreien. Da hat die Politik im wiedervereinigten Deutschland ohnehin schon einiges an Vorarbeit geleistet.

IMPRESSUM

Mindener Tageblatt

Gegründet 1856 von J. C. C. Bruns als Minden-Lübbecke Kreisblatt, seit 1941 mit „Bote an der Weser“ Mindener Zeitung

Verleger und Herausgeber:
Rainer Thomas, Sven ThomasVerlag, Herstellung und Druck:
J. C. C. Bruns Betriebs-GmbH
Postfach 21 40 · 32378 Minden
Obermarktstraße 26-30 · 32423 Minden
☎ (05 71) 88 20
Fax (05 71) 88 21 57 (Verl.), 88 22 40 (Red.)
Internet: www.mt-online.de
E-Mail: mt@mt-online.de

Lokales: Hans-Jürgen Amtage (hjA), Gisela Burmester (GB), Dirk Hünhorst (dh), Claudia Hyna (hy), Monika Jäger (mob), Stefan Koch (sk), Jürgen Langenkämper (lkp), Ulrike Mißbach (um), Hartmut Nolte (hn), Anja Peper (ani), Uwe Vinke (uv), Sonderthemen/Beilagen: Sabine Morche (ser), Sabine Otterbeck (ott).

Kultur/Fernsehen: Ursula Koch (och).

Sport: Marcus Riechmann (rich), Jürgen Knicker (kn), Ulrich Kuballa (kub), Thomas Kühlmann (tok), Sebastian Kübel (kü)

Verlagsleiter: Carsten Lohmann
Anzeigenleitung: Thomas Bouza Behm
Vertriebsleitung: Volker Harbe

Die Redaktion haftet nicht für unverlangte Einsendungen. Das Mindener Tageblatt erscheint werktäglich vormittags, freitags mit PRISMA, Wochenmagazin zur Zeitung. Bezugspreis monatlich 20,90 EUR einschließlich Zustellerlohn, zuzüglich 0,20 EUR pro Erscheinungstag bei Postzustellung. Einzelpreis Mo.-Fr. 1,00 EUR, Sa. 1,40 EUR. Der Bezugspreis schließt 7 % MwSt. ein. Bei Bezugsunterbrechungen erfolgt ab dem 7. Tag der Unterbrechung eine anteilige Rückvergütung des Bezugspreises. Abbestellungen sind nur zum Ende eines Quartals möglich. Sie sind schriftlich an den Verlag zu richten und müssen dort vier Wochen vor Quartalsende vorliegen (Datum des Poststempels). Bei Nichtbelieferung im Fall höherer Gewalt, bei Störungen des Betriebsfriedens, Arbeitskämpfen (Streik, Aussperrung) bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Zurzeit gilt Anzeigen-Preisliste Nr. 48 vom 1. 1. 2009.

Mitglied der ZGW Zeitungs-Gruppe Westfalen.

Die Zeitung ist in allen Teilen urheberrechtlich geschützt. Ohne Genehmigung dürfen Beiträge oder Abbildungen weder vervielfältigt noch verbreitet werden. Dies gilt ebenso für die Aufnahme in elektronische Datenspeicher jeder Art.
Weitere Nachrichten im Internet: www.mt-online.de

Drei Mal an die Wahlurnen

NRW-Innenminister Ingo Wolf gelingt Revanche im Streit um Termine

Von Claus Haffert

Düsseldorf (Inw). Für Nordrhein-Westfalens Innenminister Ingo Wolf (FDP) sind die beiden Urteile des Verfassungsgerichtshofs zur Kommunalwahl ein Erfolg auf ganzer Linie.

Zu verdanken hat er diesen Prestigegewinn allerdings auch der Risikobereitschaft von SPD-Fraktionschefin Hannelore Kraft. Die Oppositionsführerin, Siegerin in der ersten Runde der juristischen Auseinandersetzung um den Termin der Kommunalwahl, hatte dem FDP-Politiker mit den erneuten Klagen die Chance zur Revanche eröffnet.

Der zweite Gang nach Münster, mit dem SPD und Grüne den Kommunalwahl-Termin 30. August und die Abschaffung der Stichwahl kippen wollten, sei „politisch geboten“ gewesen, verteidigte sich Kraft nach der Doppel-Niederlage vor Gericht. Mitklägerin Sylvia Löhrmann, Fraktionschefin der Grünen, kommentierte die Urteile mit dem Spruch: „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“ Vor drei Monaten musste

sich Wolf noch vom Verfassungsgericht vorhalten lassen, die von der Koalition beschlossene Zusammenlegung von Kommunal- und Europawahl sei mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar. Der Innenminister, der bei Verfassungsklagen schon mehrfach den Kürzeren gezogen hatte, sah sich danach nicht nur massiven Rücktrittsforderungen der Opposition ausgesetzt. Auch der Koalitionspartner CDU nahm ihn aufs Korn - das Klima im Regierungslager trübte sich ein.

„Urteilsbegründung eine juristische Höchststrafe“

Jetzt ist Wolf wieder oben auf. Seinen Triumph kostete er allerdings nur verhalten aus. Das Gericht habe die „guten Gründe“ der Landesregierung bestätigt, äußerte er sich in einer schriftlichen Mitteilung.

In ihrem Urteil hatten die Richter Wolf „nachvollziehbare Gründe“ für seine Entscheidung bescheinigt, die Kommunalwahl nicht mit der Bundestagswahl zusammenzulegen. Wolf habe nicht „willkürlich gehandelt“. Auch die Wahl von Bürgermeistern und Landräten in einem Wahlgang verletzten keine Grundsätze des de-

mokratischen Rechtsstaats.

Die politischen Fronten in Düsseldorf sind damit wieder begründet. CDU und FDP schossen statt gegeneinander wieder auf die Opposition. Eine „schallende Ohrfeige“ seien die Urteile, sagte CDU-Fraktionschef Helmut Stahl. Sie zeigten die „Führungs- und Orientierungslosigkeit der NRW-SPD unter Frau Kraft“. Ihr Versuch, das Gericht zum Austragungsort politischer Auseinandersetzungen zu machen, sei gescheitert.

FDP-Fraktionschef Gerhard Papke bescheinigte der Opposition eine „krachende Niederlage“. Die Urteilsbegründung sei geradezu eine juristische „Höchststrafe“.

Für die Bürger in Nordrhein-Westfalen bedeutet das gestrige Urteil, dass sie in den kommenden vier Monaten drei Mal zu den Wahlurnen gerufen werden. Am 7. Juni ist Europawahl, am 30. August Kommunalwahl und am 27. September Bundestagswahl.

Eine solche Häufung von Wahlterminen soll es, zumindest nach dem Willen von CDU und FDP, künftig nicht mehr geben. Von 2014 an sollen Europa- und Kommunalparlamente in NRW an einem Tag gewählt werden.

Rundfunkgebühr auch für den PC

Düsseldorf (ddp). Wer in NRW einen Rechner mit Internetzugang besitzt, muss 5,76 Euro Rundfunkgebühren zahlen. Das hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) gestern in Münster entschieden. Zwei Studenten aus Münster hatten in erster Instanz noch erfolgreich gegen den WDR geklagt - dieses Mal verloren sie. Laut OVG kommt es nicht darauf an, ob mit dem Computer tatsächlich Radio gehört wird. Schon die Möglichkeit reiche aus. Revision beim Bundesverwaltungsgericht wurde zugelassen (Aktenz.: 8 A 2690/08 und 8 A 732/09).

Erneut Kritik an Lehrermangel

Düsseldorf (ddp). Nach der SPD hat auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) der NRW-Landesregierung einen Lehrermangel an den Schulen vorgeworfen. Die Ursache der Misere liege „in einer undurchsichtigen Stellenstatistik und einem hoch fragwürdigen System der Personalbedarfsberechnungen“, teilte GEW-Landeschef Andreas Meyer-Laubert in Düsseldorf mit. Die SPD hatte 4000 nicht besetzte Lehrstellen beklagt. Dadurch komme es zu einem Unterrichtsausfall von rund vier Millionen Stunden. Schulministerin Barbara Sommer (CDU) betonte, zum Schuljahr 2009/2010 würden 6915 zusätzliche Lehrstellen geschaffen.

Bundesweite Streiks in Kitas

Berlin (dpa). Die Streiks in kommunalen Kindertagesstätten sind gestern auf fast alle Bundesländer ausgeweitet worden. Erstmals wurde in den ostdeutschen Ländern gestreikt. „Wir gehen davon aus, dass sich insgesamt mehr als 20 000 Erzieherinnen und Sozialarbeiter an den Streiks beteiligen“, sagte eine Verdi-Sprecherin. Die Gewerkschaften fordern für die 220 000 Beschäftigten in kommunalen Kitas und Jugendämtern mehr Geld und einen Tarifvertrag zum Gesundheitsschutz.



Grüne setzen auf ökologische Wirtschaftspolitik

Europawahl: Spitzenkandidatin Rebecca Harms wirbt für „grünen New Deal“ in Europa

Von Henning Wandel

Minden (mt). Es ist schon ein merkwürdiger Wahlkampf, den die deutschen Europapolitiker derzeit führen. Statt gepflegt über Inhalte zu streiten, müssen sie gebetsmühlenartig das „Projekt Europa“ im Grundsatz verteidigen.

Die Spitzenkandidatin der Grünen bringt das Dilemma der Wahlkämpfer auf eine kurze Formel: „Wir müssen zuerst über die Europäische Union informieren und uns zu dem Projekt bekennen. Erst dann kommt der Streit um Themen“, sagt Rebecca Harms im Gespräch mit dieser Zeitung - dabei mache doch erst der Streit einen Wahlkampf interessant.

Einig sind sich die Kandidaten - ganz gleich welcher politischen Couleur - darin, dass Europa wichtig ist, denn „hier wird Wesentliches entschieden“, stimmt Harms in den

Chor nicht nur der Spitzenkandidaten ein. Auch Sorge die EU für Frieden und Stabilität, ein Punkt, den auch Elmar Brok (CDU) und Martin Schulz (SPD) bereits gegenüber dieser Zeitung betont hatten. Wie also wollen sich die Grünen von den politischen Wettbewerbern absetzen?

An dieser Stelle bringt Rebecca Harms den viel beschworenen „grünen New Deal“ ins Gespräch, den die Partei von dem legendären Maßnahmenpaket des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt entlehnt hat. Damals, in den 30er-Jahren, wollten die USA die erste große Weltwirtschaftskrise überwinden.

Auf den ersten Blick scheinen sich die Grünen mit ihrem neuen Fokus auf Wirtschafts- und Finanzpolitik gewandelt zu haben. Harms sieht das anders. Seit dem Start als Ökopolitik habe es vielmehr eine kontinuierliche Entwicklung gegeben. Zentrale Wahlkampf-Forderungen zielen zwar auf

eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte, geöffnete Arbeitsmärkte mit Mindestlöhnen und mehr Teilhaber-Gerechtigkeit durch Arbeit. Dahinter stecke aber nach wie vor die Idee ökologischer Nachhaltigkeit. „Der Jobmotor erneuerbare Energien wäre ohne den Ausstieg aus der Atomenergie nicht möglich gewesen“, sagt Harms, die aus dem Wendland stammt und ihre

politischen Wurzeln im Kampf gegen das Zwischenlager Gorleben hat.

Die Grünen fühlen demnach Rückenwind für ihre Forderung nach einer „ökologischen Konversion“ der Wirtschaft. Die Konjunkturpakete sollten darauf geprüft werden, ob sie unter Umweltschutzgesichtspunkten Jobs schaffen oder sichern, so Harms.

Nach der großen Osterweiterung 2004 und dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien 2007 sieht Harms die europäische Vereinigung noch nicht am Ende. „Der Balkan kann nicht draußen bleiben. Das Gebiet muss EU werden“, fordert sie. Dabei ist sie sich darüber bewusst, dass die europäische Integration nach den jüngsten Erweiterungen noch lange nicht abgeschlossen ist, dass die EU mit 27 Mitgliedsstaaten geduldig stabilisiert werden muss. „Wir sind nach 20 Jahren ja selbst in Deutschland noch nicht fertig mit der Wiedervereinigung.“ Seite 4



Rebecca Harms ist die Spitzenkandidatin der Grünen für die Europawahl. Foto: ddp